

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 25 (1998)
Heft: 3

Artikel: Resultate der Volksabstimmung vom 7. Juni 1998 : Vertrauen in die Politik des Bundesrats
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910509>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Resultate der Volksabstimmung vom 7. Juni 1998

Vertrauen in die Politik des Bundesrats

Volk und Kantone sind den Empfehlungen des Bundesrats und der Parlamentsmehrheit bei allen drei Vorlagen der Volksabstimmung vom 7. Juni gefolgt.

Das Haushaltsziel 2001 wurde klar angenommen, während die beiden Volksinitiativen «Für den Schutz von Leben und Umwelt von Genmanipulation» (Genschutz-Initiative) und «S.o.S. – für eine Schweiz ohne Schnüffelpolizei» klar verworfen wurden. Die Stimmbeteiligung betrug 41%. In allen drei Fällen betrug die Mehrheit über zwei Drittel der Stimmdenden, und kein einziger Kanton tanzte aus der Reihe. Der Bundesrat hat dieses stolze Ergebnis mit fast euphorischer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Finanzminister Villiger sprach etwa von einer «Sternstunde der direkten Demokratie».

Haushaltsziel 2001

Der Verfassungsartikel, der die Sanierung der Bundesfinanzen bis zum Jahr 2001 verlangt, wurde von 71% der Stimmdenden angenommen, am deutlichsten in den Kantonen Appenzell-Ausserrhodod (81%), Glarus und Zug (je 78%). Am schwächsten fiel die Zustimmung in den Westschweizer Kantonen aus (Wallis 55%, Neuenburg 54%, Jura 52%).

Eidgenössische Volksabstimmungen

27. September 1998

- Bundesgesetz über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe
- Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe»
- Volksinitiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»

29. November 1998

Gegenstände noch nicht festgelegt.

Nun gilt es, die geeigneten Massnahmen zur Verringerung des Bundesdefizits auf rund eine Milliarde Franken bis ins Jahr 2001 umzusetzen. Ein Anfang April am runden Tisch errungener Kompromiss zwischen den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Kreisen des Landes wird dabei als Richtschnur dienen. Dieser Konsens sieht eine Sanierung sowohl durch Einsparungen als auch durch Mehreinnahmen vor. Einsparungen erfolgen dabei vor allem im Sozialbereich, beim Verkehr, beim Militär und bei der Subventionierung der Kantone, während neue Einnahmequellen etwa im Steuerbereich und bei der Nationalbank erschlossen werden.

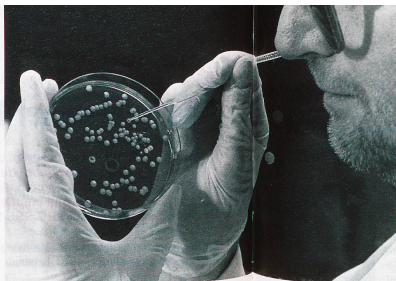
Genschutz

67% der Stimmdenden sagten Nein zur Genschutz-Initiative. Am stärksten fiel die Ablehnung in der Romandie aus (Wallis 84%, Waadt 83%, Neuenburg

Kommentar

Der Abstimmungsantrag vom 7. Juni könnte historische Bedeutung erlangen. Nicht so sehr aufgrund des klaren Vertrauensvotums für die bundesrätliche Politik – was allein schon ein Ereignis für sich darstellt –, sondern vor allem deshalb, weil er einen Stimmungswandel im Schweizer Volk zu signalisieren scheint. Die wirtschaftlichen Indikatoren zeigen bekanntlich seit Ende des letzten Jahres nach oben; die Schweiz sieht wieder Licht am Ende des Rezessionsunnels; das Arbeitsklima verbessert sich; die Arbeitslosigkeit sinkt. Und es könnte sein, dass die wirtschaftliche Erholung die psychologische und politische Krise sowie die seit den achtziger Jahren herrschende Missstimmung im Land (endlich) beendet. Vielleicht liegt darin die Erklärung nicht für den Ausgang, aber für die Deutlichkeit der Resultate der Volksabstimmung vom 7. Juni.

Die Radikalität der Genschutz-Initiative bildet ebenso wenig eine ausreichende Begründung für die klare Ableh-



Nein zur Genschutz-Initiative: Forschende und Angehörige der Chemie sind erleichtert. (Foto: Keystone)

und Freiburg 79%), am geringsten in den Kantonen Bern (58%), Graubünden (57%) und Appenzell-Ausserrhodod (56%). Der neue Volkswirtschaftsminister Pascal Couchepin versicherte, dass «der Bundesrat alle seine Versprechungen einhalten» und das Gesetzgebungsprogramm gegen den Missbrauch in der Gentechnologie, Gen-Lex genannt, umsetzen will.

«Schnüffelpolizei»

Im Landesdurchschnitt betrug die Ablehnung der Volksinitiative «S.o.S.» – für eine Schweiz ohne Schnüffelpolizei – 75%. Am massivsten dagegen stimmten die Kantone Appenzell-Innerrhoden (Heimat des Vorstehers des

Justiz- und Polizeidepartements; 83%), Freiburg und Wallis (je 80%), während am unteren Ende der Liste die Kantone Basel-Stadt, Tessin (je 69%) sowie Jura (65%) figurieren. Die Ablehnung dieser Volksinitiative erlaubt nun ab 1. Juli das Inkrafttreten des Staatsschutzgesetzes. Es ermöglicht der Bundespolizei die präventive Überwachung zur Verhinderung von terroristischen, nachrichtendienstlichen oder gewalttätigen extremistischen Aktivitäten und zur Sicherung der demokratischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen der Schweiz ebenso wie der grundlegenden Freiheiten ihrer Bevölkerung.

Die Schweizerinnen und Schweizer haben ihrer Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Sie haben damit ihr Vertrauen in sich selbst und in die Zukunft manifestiert.

Pierre-André Tschanz

Presseschau

In den Kommentaren der Schweizer Presse zur Volksabstimmung vom 7. Juni 1998 ist viel von Vertrauen die Rede. Auf zahlreichen Titelseiten prangt denn auch das Bild der drei strahlenden Bundesräte Pascal Couchepin, Arnold Koller und Kaspar Villiger.

TagesAnzeiger

«Im Abseits steht heute die (Sozialdemokratische) Partei, die den Beitritt zur Europäischen Union am vehementesten verlangt. Ausgerechnet die SP wollte die Zukunftsfähigkeit der Schweiz auf ein Fundament stellen, das der Politik in Europa zuwiderläuft. Das muss den Sozialdemokraten mit Ursula Koch an der Spitze zu denken geben.»

Blick

«Die SP ist keine moderne Volkspartei mehr. Sie will den Umwandlungsprozess nicht mitmachen, den andere europäische Sozialdemokratien erfolgreich durchgeführt haben. Wer sich hin-

ter Aussenseiter-Initiativen stellt, denen das Volk eine so deutliche Abfuhr erteilt, wer angesichts von 100 Milliarden Schulden den Nerv hat, ein vernünftiges Sanierungs-Programm abzulehnen, will keine fortschrittliche Politik a la Tony Blair in Grossbritannien oder Wim Kok in den Niederlanden.»

Basler Zeitung

«War die lange und heftige Auseinandersetzung um die, wie es da und dort hiess, 'Jahrhundertabstimmung' ... lediglich ein drohendes Scheingefecht an längst überzeugten Meinungsblöcken vorbei? Wohl kaum. Eine Jahrhundert-Auseinandersetzung war das schon deshalb, weil mit den Mitteln einer direkten Demokratie versucht wurde, einem weltweit expandierenden Wissenschaftszweig mit einem verfassungsrechtlichen Verbot nationale Grenzen zu ziehen.»

laRegione Ticino

«Das klare Ja zum Haushaltsziel 2001 (...) darf nicht nur als Sieg für den Bundesrat, sondern vor allem auch als persönlicher Erfolg für Finanzminister Kaspar Villiger gewertet werden. Ein Sieg von grosser Bedeutung; er belohnt Villigers «Tour de Suisse», die er unternahm, um die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, der Verschuldungsspirale des Bundes durch einen Verfassungsartikel Einhalt zu gebieten.»

24 heures

«Zehn Prozent Erfolgsquote (bei den Volksinitiativen) – diese Tatsache sollte jenen, die mit neuen Volksinitiativen liebäugeln, etwas Zurückhaltung in ihrer Gesetzgebungswut auferlegen.»

LA LIBERTÉ

«Regierung und Parlament – die den breitgefächerten indirekten Gegenvorschlag Gen-Lex lanciert haben – müssen nun ihre Versprechungen einhalten. Eine Ethikkommission wurde bereits gebildet. Nun muss eine Überprüfung der Spielregeln in bezug auf die Haftung, die Bewilligungen, den Tierschutz und den Umweltschutz erfolgen – damit nicht wieder alles in Schall und Rauch aufgeht.»

Resultate der eidgenössischen Abstimmungsunterlagen

Kanton	Haushaltsziel 2001		Genschutz-Initiative		«S.o.S.» – Initiative Schnüffelpolizei		Stimm. in %
	JA%	NEIN%	JA%	NEIN%	JA%	NEIN%	
ZH	74.8	25.2	37.7	62.3	28.4	71.6	43.9
BE	72.4	27.6	41.8	58.2	26.9	73.1	38.1
LU	75.6	24.4	35.1	64.9	21.3	78.7	45.5
UR	65.8	34.2	36.6	63.4	22.3	77.7	33.0
SZ	72.2	27.8	35.1	64.9	22.9	77.1	36.5
OW	74.1	25.9	35.4	64.6	21.1	78.9	35.6
NW	77.0	23.0	34.0	66.0	20.7	79.3	47.0
GL	78.1	21.9	38.8	61.2	24.3	75.7	47.2
ZG	78.0	22.0	36.5	63.5	22.2	77.8	45.4
FR	70.4	29.6	21.4	78.6	20.2	79.8	34.5
SO	67.5	32.5	35.9	64.1	24.9	75.1	45.8
BS	71.2	28.8	32.7	67.3	31.2	68.8	53.8
BL	74.6	25.4	29.2	70.8	24.4	75.6	44.5
SH	72.2	27.8	36.1	63.9	28.5	71.5	62.3
AR	72.9	27.1	44.2	55.8	23.4	76.6	46.0
AI	81.8	18.2	37.2	62.8	16.9	83.1	34.0
SG	77.1	22.9	38.9	61.1	22.5	77.5	40.0
GR	75.0	25.0	42.7	57.3	26.8	73.2	33.2
AG	75.0	25.0	34.3	65.7	21.6	78.4	37.6
TG	76.5	23.5	36.9	63.1	21.1	78.9	41.8
TI	62.3	37.7	36.8	63.2	31.3	68.7	30.1
VD	61.4	38.6	16.8	83.2	22.9	77.1	34.9
VS	55.4	44.6	15.8	84.2	19.6	80.4	45.8
NE	53.5	46.5	21.2	78.8	23.6	76.4	35.4
GE	62.3	37.7	23.2	76.8	29.8	70.2	52.1
JU	52.1	47.9	27.6	72.4	34.5	65.5	32.3
Total	70.7	29.3	33.4	66.6	24.9	75.1	40.3